

Februar 2022

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko



Mexiko 2022: Kein Ausweg aus der Krise in Sicht

Anhaltende Ungewissheit durch die Covid-19-Pandemie

Hans-Hartwig Blomeier, Laura Philipps¹

Eine anhaltende Pandemie mit immer tiefer greifenden Folgen für das Wohlergehen einer Mehrheit der mexikanischen Bevölkerung, heftige Angriffe von Regierungsseite auf autonome Institutionen des politischen Systems, eine sich stets verschlechternde interne Sicherheitslage, außenpolitische Konflikte: Das Panorama zum Anfang des Jahres in Mexiko ist alles andere als vielversprechend. Zur Hälfte der Amtszeit des Präsidenten Andres Manuel López Obrador (AMLO) stehen seine Versprechungen von Veränderungen der sog. „Vierten Transformation“ (Cuarta Transformación, 4T) in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Mexikos im Gegensatz zur Realität und werden durch die Verlängerung der Pandemie verschärft. Zudem stehen am 5. Juni 2022 in sechs Bundesstaaten Gouverneursposten zur Wahl, deren Ergebnisse den Verlauf der nächsten drei Jahre im Hinblick auf die politische Zukunft des Landes sowie die im Jahr 2024 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sehr deutlich beeinflussen werden.

Ein schwieriger Start ins neue Jahr

Das Jahr 2022 beginnt in Mexiko, wie auch überall auf der Welt, mit einer neuen, noch ansteckenderen Welle von Covid-19. In den letzten Wochen wurde der Anstieg der Fälle in den offiziellen Zahlen immer sichtbarer. Im Januar war ein Rekord von 51.000 Fällen an einem Tag verzeichnet worden, was die höchste Infektionszahl in den letzten Monaten gewesen war. Derzeit liegen die täglichen Infektionen bei etwa 25.000 und die Todesfälle bei etwa 745 pro Tag². Schaut man sich die landesweite Verteilung an, so bilden sich immer mehr gelb- und orangegefärbte Bundesstaaten³ ab. Auch die Hauptstadt Mexiko-Stadt, die sich bislang im *semáforo verde* (Grün) befand, befindet sich nun im *semáforo amarillo* (Gelb). Der Präsident Andrés Manuel Lopez Obrador (AMLO) wurde ebenfalls vor kurzem zum zweiten Mal positiv auf das Virus getestet – und das am selben Tag, an dem er, wie üblich, ohne Maske zu seiner täglichen Konferenz (*mañanera*) erschien.

Die Informationslage in Mexiko bleibt weiterhin unzuverlässig und deshalb sind die offiziellen Infektionszahlen bzw. die Todeszahlen nur bedingt glaubwürdig. Mittlerweile verzeichnet das Land offiziell 310.627 Todesopfern, die Dunkelziffer wird allerdings auf ein 4-fach Höheres geschätzt. Die Impfkampagne kommt nach wie vor nur langsam voran: Mexiko hat bisher 170.203.675 Dosen des Covid-Impfstoffes verabreicht (Stand 10.02.2022), wobei nur knapp unter 60 % der Bevölkerung vollständig (2x) geimpft sind.

¹ Hans-Hartwig Blomeier ist Leiter, Laura Philipps Trainee des Auslandsbüros Mexiko

² <https://graphics.reuters.com/world-coronavirus-tracker-and-maps/countries-and-territories/mexico/>

³ Lt. der epidemiologischen „Ampel“ der mexikanischen Behörden sind dies erhöhte (gelb) bis stark erhöhte (orange) Fallzahlen.

Sorgen um die mexikanische Demokratie

Abgesehen von der seit 2020 omnipräsenten Pandemie befindet sich das Land in einer immer tieferen **rechtsstaatlichen Krise**. Eines der Wahlversprechen von Präsident López Obrador war, eine *revocación de mandato* (Widerruf des Mandats) zur Halbzeit seiner Amtszeit zu fördern. Seinem Narrativ entsprechend solle das Volk (*el Pueblo*) – wie er die mexikanischen Wähler gerne nennt – wenn es wolle, darüber abstimmen können, ob er seine komplette Amtszeit von sechs Jahren erfüllen oder frühzeitig beenden soll.

Was also in der Vergangenheit lediglich ein Wahlslogan war, wurde nun eine gesetzliche Bestimmung. Bereits 2019 wurde die Verfassungsreform im Senat und der Abgeordnetenversammlung verabschiedet. Am 20. Dezember desselben Jahres wurde die festgelegte Verfassungsreform veröffentlicht. Um die notwendigen Stimmen der Oppositionsparteien zur Verfassungsreform zu gewinnen, wurde zwischen Regierung und Opposition vereinbart, dass der Widerspruchsgrund der "Vertrauensverlust" des Präsidenten sein muss. Die Änderungen der erforderlichen Gesetze wurde schlussendlich am 14. September 2021, fast zur genauen Mitte seiner Amtszeit, verabschiedet⁴. Die Volksbefragung zum Widerruf seines Mandats wird dementsprechend am 10. April 2022 stattfinden und vom Nationalen Wahlinstitut (*Instituto Nacional Electoral*, INE) organisiert, welches sich lange und vehement außer Stande erklärt hatte, diese zusätzliche Aufgabe nach den erfolgten drastischen Budgetkürzungen ordnungsgemäß durchführen zu können. Dieser Streit zwischen Regierung und INE eskalierte bis zum Obersten Gerichtshof, der letztlich das INE verpflichtete, dieser Aufgabe nachzukommen. Damit ist bereits der Grundstein für eine kontroverse Auseinandersetzung gelegt, sollte das Ergebnis nicht ausfallen, wie es die Regierung und insbesondere AMLO erwarten. Die Schuldzuweisung dürfte dann klar sein.

Das wohl wahrscheinlichste Szenario mit Blick auf April ist angesichts der aktuellen Meinungsumfragen, die AMLO bei rund 60 % Zustimmung sehen, dass selbst bei einer nicht überwältigenden Beteiligung der Bevölkerung an dieser Volksbefragung ein klar positives Ergebnis für AMLO erzielt werden wird. Damit würde López Obrador den erhofften medialen Rückenwind für die zweite Hälfte seiner Amtszeit bekommen, den er angesichts der dürftigen Regierungsergebnisse, aufgetretener Korruptionsvorwürfe im engsten Familienumfeld und der sich verschlechternden Konjunkturdaten dringend benötigt. Inwieweit davon auch seine Partei MORENA (*Movimiento de Regeneración Nacional*) und die sich immer deutlicher platzierenden Nachfolgekandidaten für die Wahl 2024 (Hauptstadtbürgermeisterin Claudia Scheinbaum, Außenminister Marcelo Ebrard und MORENA-Fraktionsvorsitzender im Senat, Ricardo Monreal) profitieren können, ist noch nicht abzusehen.

Im Juni 2022 werden in sechs Bundestaaten Gouverneurswahlen abgehalten. Vom sehr wahrscheinlichen Sieg AMLOs bezüglich des Widerrufs seines Mandats erhoffen sich die MORENA-Kandidaten bei den Gouverneurswahlen entsprechend natürlich Rückenwind. Diese Maßnahme der Volksbefragung ist zudem nichts Neues für AMLO: Er hat bereits erstmals im vergangenen Jahr (am 1. August 2021) auf den Mechanismus der *Consulta Popular* zurückgegriffen⁵. Dieses von López Obrador vorangetriebene Referendum gilt dabei als die umstrittenste Volksbefragung in der mexikanischen Geschichte und stellte zur Wahl, ob ehemalige mexikanische Präsidenten wegen mutmaßlicher Verbrechen strafrechtlich verfolgt werden sollten. Die Wahlbeteiligung war mit ernüchternden 7,11 %⁶ allerdings so niedrig, dass dieses Vorhaben schnell vom Tisch war. Auch über den Bau eines neuen Flughafens in der Nähe von Mexiko-Stadt und über die Entwicklung der umstrittenen Touristenzuglinie (*Tren Maya*), die die Halbinsel Yucatán durchqueren würde, hat der

⁴ <https://picoinformativo.com/nacional/camino-a-la-revocacion-de-mandato/>

⁵ <https://www.kas.de/es/web/mexiko/einzeltitel/-/content/aspectos-juridicos-de-la-consulta-popular>

⁶ <https://www.economista.com.mx/politica/Consulta-popular-del-1-de-agosto-un-ejercicio-desafortunado-20210808-0003.html>

Präsident in verfassungsrechtlich fragwürdigen Prozessen abstimmen lassen.

Die **autonomen Institutionen** bleiben auch weiterhin nicht von den rhetorischen Attacken und der Austeritätspolitik des Präsidenten verschont. Schon 2021 hatte AMLO dem nationalen Wahlinstitut INE mehrfach mit seiner Auflösung gedroht. Seine Position verdeutlicht er immer wieder gerne: Das INE wurde geschaffen, um der Demokratie zu schaden⁷. Eine Behauptung, die verkennt, welche zentrale Rolle das INE als Grundpfeiler der mexikanischen Demokratie mit seinen wichtigen Kontrollfunktionen bei der Durchführung von Wahlen und der allgemeinen politischen Bildung spielt.

Eine Schwächung der Wahlbehörde unter dem Vorwand, dass sie zu viel Geld ausbebe, ist demnach ein vordergründiges Argument, um die Institution und seine Vertreter zu diskreditieren und vor den Augen der Öffentlichkeit zu schwächen. Tatsächlich wurden dem INE signifikante Budgetkürzungen angekündigt⁸. Das optimale Szenario für den Präsidenten besteht darin, eine Wahlreform durchzuführen, die das INE und das unabhängige Wahltribunal (*Tribunal Electoral del Poder Judicial de la Federación*, TEPJF), grundlegend modifizieren würde und deren Kernkompetenzen schwächen oder gar abschaffen würde. Allerdings ist zur Durchführung einer solchen Reform eine qualifizierte Mehrheit im Kongress nötig, welche die Regierungspartei MORENA im Zuge der Wahlen im Juni 2021 nicht mehr besitzt⁹.

Hinzu kommt, dass im April 2023 vier Vorstandsämter (*consejeros*) im INE erneuert werden, darunter die seines Präsidenten Lorenzo Córdova, der von MORENA und dem Präsidenten in den letzten Monaten am meisten, auch auf einer sehr persönlichen Ebene, angegriffen wurde. Aber die Ernennung der neuen Posten des INE erfordert wiederum eine qualifizierte Mehrheit in der Abgeordnetenkammer.

Die Pandemie hinterlässt auch im Bereich der **Wirtschaft** weiterhin tiefe Spuren. In der Halbzeit des sog. *sexenio* des Präsidenten, stehen die Versprechungen von Veränderungen der sog. „Vierten Transformation“ in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Mexikos im Gegensatz zur Realität und werden durch die Verlängerung der Pandemie verschärft. Die soziale Armut steigt, das Wirtschaftswachstum verringert sich stetig, und eine wirtschaftliche Erholung wird erst in diesem oder nächstem Jahr erwartet, wobei auch diese Prognose vor dem Hintergrund der Wucht der jetzigen Infektionswelle nur mit Vorsicht zu genießen ist.

Zur Mitte der aktuellen sechsjährigen Amtszeit betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) -3,7 %, und die mexikanische Inflation für das Jahr 2021 lag sogar bei 7,36 %, was den höchsten Anstieg der letzten 21 Jahre¹⁰ darstellte.

Die **sozialen Unterschiede** und die **Armut in der Bevölkerung** steigen weiterhin. Laut dem Nationalen Rat zur Evaluierung der Sozialen Entwicklungspolitik (CONEVAL) betrug die als in Armut lebend eingestufte Bevölkerung im Jahr 2018 41,9 %, d.h. 51,9 Millionen Menschen, während sie im Jahr 2020 auf 43,9 % anstieg, was 55,7 Millionen Einwohnern entspricht.¹¹ Zudem ist die Zahl der *pobreza laboral* (einkommensbedingte Armut)¹² gegen Ende des letzten Jahres von 39,9 % auf 40,7 % gestiegen. Mit anderen Worten: 49,7 Millionen Menschen in Mexiko verfügen nicht über genügend finanzielle Mittel, um alle Mitglieder

⁷ <https://www.forbes.com.mx/amlo-dice-que-ine-fue-creado-para-impedir-la-democracia/>

⁸ <https://centralectoral.ine.mx/2021/11/23/el-recorte-del-26-por-ciento-al-presupuesto-del-ine-afecta-directamente-a-la-operacion-de-2022-ciro-murayama-con-carlos-marin/>

⁹ <https://www.kas.de/es/web/mexiko/laenderberichte/detail/-/content/mexiko-nach-den-superwahlen>

¹⁰ <https://elpais.com/mexico/economia/2022-01-07/la-inflacion-en-mexico-se-dispara-a-736-en-2021-las-mas-alta-en-21-anos.html>

¹¹ Die Messung erfolgt alle 2 Jahre, da die Daten der nationalen Einkommensbefragung der Haushaltsausgaben (*Encuesta Nacional de Ingresos y Gastos de los Hogares*, ENIGH) entnommen werden. Dementsprechend sind die aktuellsten veröffentlichten Daten aus dem Jahr 2020.

¹² Einkommensbedingte Armut ist eine Situation, in der das Einkommen eines Haushalts nicht ausreicht, um alle seine Mitglieder zu ernähren. Haushalte in erwerbstätiger Armut können sich aus nicht arbeitsbezogenen Einkommen wie Geldüberweisungen, Transfers oder Zugang zu Sozialprogrammen ernähren.

ihrer Familie durch ihr Einkommen zu ernähren.

Obwohl sich die Pandemie weltweit negativ ausgewirkt hat, sind sich Experten einig, dass die Armut in Mexiko im globalen Vergleich in diesem Kontext besonders deutlich und äußerst besorgniserregend zugenommen hat. Da die Regierung weder Kredite beantragte noch soziale Programme bereitstellte, um die von der Pandemie betroffene Bevölkerung wirtschaftlich zu unterstützen, versucht die Bevölkerung dies mit teuren privaten Kreditzugängen oder der Ausgliederung in den informellen Sektor bzw. die Parallelwirtschaft zu kompensieren.

Die Privatwirtschaft hat in den letzten Monaten eindringlich vor den Folgen von Initiativen wie der Elektrizitätsreform und dem etwas überraschend angekündigtem Präsidialdekret rund um die „strategisch wichtigen“ öffentlichen Infrastrukturprojekte gewarnt, bei der die von der Bundesregierung betreuten Prestige-Projekte zum „öffentlichen Interesse“ erklärt werden (bspw. Bau der Raffinerie *Dos Bocas* in Tabasco)¹³ und sich damit den sonst durchaus strengen Auflagen der Auftragsvergabe, Wettbewerb und Transparenz entziehen. Solche Maßnahmen bergen zunehmend Korruptionsverdacht, bringen hohe **Unsicherheit und wirtschaftliche Risiken** mit sich und entmutigen letztlich auch ausländische Investitionen in Mexiko, die das Land eigentlich bitter nötig hätte.

Die bereits im letzten Jahr thematisierte Reform im **Energiesektor** bleibt auch 2022 ein heiß diskutiertes Thema: Am Montag, dem 17. Januar, begannen die Debatten im Parlament (*Foro Parlamentario*), die bis zum 15. Februar andauern werden. In den insgesamt 19 Sitzungen werden zahlreiche Argumente sowohl für als auch gegen diese Initiative zur Verfassungsreform vorgestellt und debattiert. Die Reform würde den Strom priorisieren, der vom staatlichen Elektrizitätsunternehmen *Comisión Federal de Electricidad* (CFE) aus Wasserkraft und v.a. aus fossilen Brennstoffen erzeugt wird. Dabei würden erneuerbare Energien eine durchaus niedrige Priorität erhalten. Dies wird mit erhöhter Aufmerksamkeit und auch Sorge in den USA beobachtet, wie die jüngsten Besuche der US-amerikanischen Energieministerin Jennifer Granholm (Januar) und des Sonderbeauftragten des Präsidenten für Klimafragen, John Kerry, (Februar) in Mexiko verdeutlichen.

Diese Reformagenda hat aber auch einmal mehr gezeigt, dass der Präsident es parallel zu den (kontroversen) inhaltlichen Ansätzen immer wieder auch versteht, die Opposition vor sich her zu treiben und mit diesen Vorschlägen die Kohärenz und Einigkeit der Oppositionsparteien PAN (Partido Acción Nacional), PRI (Partido Revolucionario Institucional) und PRD (Partido de la Revolución Democrática) auf die Probe zu stellen.

Sollte die Reform tatsächlich auf den Weg gebracht werden, so würde diese ein bedenkliches Signal einer im internationalen Vergleich rückwärtsgewandten Klima-, Umwelt- und Energiepolitik darstellen.

Die allgemeine **Sicherheitslage** im Land zeigt keine Anzeichen einer Verbesserung, im Gegenteil, sie scheint sich rasant zu verschlechtern. Blickt man auf die Pressefreiheit, so haben seit Anfang des neuen Jahres bereits fünf Journalisten ihr Leben verloren. Tragischerweise hatte eines der jüngsten Opfer, Lourdes Maldonado, den Präsidenten bereits vor drei Jahren während einer Pressekonferenz auf ihre gefährliche Situation aufmerksam gemacht¹⁴. Insgesamt haben nach offiziellen Angaben in den vergangenen 30 Jahren rund 138 Journalisten ihr Leben wegen ihres Berufes verloren, eine Zahl, die Mexiko nun weltweit zum gefährlichsten Land für Journalisten macht¹⁵. Eine wirksame Strategie der Regierung zur Verbesserung der inneren Sicherheit fehlt bis heute, während Kriminelle, die

¹³ <https://elpais.com/mexico/2021-11-23/lopez-obrador-blanda-las-obras-del-gobierno-al-declararlas-asunto-de-seguridad-nacional.html>

¹⁴ <https://cnnspanol.cnn.com/2022/01/24/asesinan-periodista-lourdes-maldonado-mexico-tercera-orig/>

¹⁵ https://elpais.com/mexico/2022-01-09/crimen-impune-nueve-periodistas-asesinados-en-mexico.html?sma=newsletter_mexico20220111

oft mit Drogenkartellen in Verbindung stehen, straflos davonkommen. Eine wachsende Zahl von Vorfällen im Zusammenhang mit Kartellgewalt wird auch mittlerweile aus den am stärksten frequentierten Touristenorten in Mexiko gemeldet, beispielsweise an der Riviera Maya in Quintana Roo, was zu entsprechenden Reisewarnungen in den USA und Deutschland geführt hat.

Was die **internationalen Beziehungen** Mexikos angeht, so startete 2022 – neben den Diskussionen mit der US-Administration wie oben erwähnt im Bereich der Energiereform – mit zwei handfesten Konflikten: Panama und Spanien. Nachdem die Regierung Panamas den von Mexiko ernannten und vorgeschlagenen Botschafter Pedro Salmerón wegen bestehender heftiger Vorwürfe sozialer Belästigung die Akkreditierung verweigerte (was zu heftigen Irritationen und verbalen Attacken AMLOs und entsprechenden Reaktionen aus Panama führte), schlug Mexiko als Alternative die Ersatzsenatorin Jesusa Rodriguez (ohne jegliche diplomatische Erfahrung) vor, was ebenfalls als Affront in Panama registriert wurde. Im Falle Spanien zog sich zunächst die Akkreditierung des vorgeschlagenen neuen Botschafters Quirino Ordaz Coppel (ehemaliger PRI Gouverneur in Sinaloa mit offenen Anschuldigungen im Kontext organisierter Kriminalität) über ungewöhnlich lange Zeit (mehr als zwei Monate) hin, was Experten als diplomatisches Signal des Missfallens auf spanischer Seite deuteten. Eine Eskalation des Konflikts war jedoch die Ankündigung AMLOs auf seiner „mañanera“ vom 9. Februar, die Beziehungen zu Spanien zu „pausieren“. Das spanische Außenministerium reagierte empört, die Erklärungen AMLOs dazu, was mit diesem Begriff gemeint sei, verhärteten die Fronten nur weiter: *„Jetzt haben wir keine guten Beziehungen, und ich würde es vorziehen, dass wir uns Zeit nehmen, damit sich diese normalisieren, machen wir eine Pause. Das wird uns beiden zu Gute kommen, dem Volk Mexikos und dem Volk Spaniens, eine Pause zu machen, es war ein schmachliches Bündnis oben, eine wirtschaftliche Promiskuität, eine Politik der Eliten in Spanien und Mexiko, drei aufeinanderfolgende Regierungsperioden und Mexiko war davon benachteiligt, wir wurden ausgeraubt“*¹⁶. Nach den Forderungen AMLOs in der Vergangenheit, dass sich Spanien für die Eroberung Mexikos entschuldigen solle (worauf die spanische Regierung nie reagierte), nun diese erneute und heftige Attacke, die zu einer bis dato nicht dagewesenen Belastung für die bilateralen Beziehungen Mexiko-Spanien geführt hat.

Politischer Kontext 2022

Im Zuge der Superwahlen im vergangenen Juni 2021, bei denen die Regierungspartei MORENA zwar durch Zugewinne von Gouverneursposten ihre territoriale Macht ausweiten konnte, allerdings wegen deutlicher Verluste, vor allem in der Hauptstadt, in der Abgeordnetenversammlung auf Grenzen gestoßen ist, werden auch dieses Jahr wieder in Mexiko Wahlen abgehalten.

Am 5. Juni 2022 werden die Bundesstaaten Aguascalientes, Hidalgo, Oaxaca, Tamaulipas, Durango und Quintana Roo Wahlprozesse durchlaufen, um ihre Gouverneursposten zu erneuern. Im Bundesstaat Durango werden zudem 39 Bürgermeister, 39 sog. Sindicaturas (gewählte kommunale Rechtsbeistände) und 327 Stadträte sowie in Quintana Roo 25 Gemeinderäte gewählt. Zwar sind das im Vergleich zu den Superwahlen des letzten Jahres „nur“ sechs Bundesstaaten, dennoch: Zusammen stellen letztere insgesamt eine Bevölkerung von etwas mehr als 14 Millionen Einwohnern dar, was knapp 11,4 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht. Eine nicht unerhebliche Zahl aus wahlstrategischer Sicht, wenn man bedenkt, dass die Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 langsam aber sicher immer stärker in den Fokus rücken.

Derzeit werden die Bundesstaaten Aguascalientes und Tamaulipas von der

¹⁶ Zitat aus El Universal, 9.2.2022 „Plantea AMLO poner “pausa” a las relaciones con España“. Im spanischen Wortlaut: “Ahora no es una buena relación, y a mí me gustaría que hasta nos tardáramos en que se normalizara para hacer una pausa. Creo que nos va a convenir, desde luego al pueblo de México y al pueblo de España, hacer una pausa en las relaciones, porque era un contubernio arriba, una promiscuidad económica, política en la cúpula de los gobiernos de México y de España, pero como tres sexenios seguidos, y México llevaba la peor parte, nos saqueaban.”

Oppositionspartei PAN regiert; Hidalgo und Oaxaca von der PRI; und Quintana Roo und Durango von dem Bündnis zwischen PRD und PAN. Der Wahlprozess des vergangenen Jahres hat jedoch die Zusammensetzung der politischen Kräfte in diesen Bundesstaaten erheblich verändert und beeinflusst, was die Wahlperspektiven der regierenden Parteien in Frage stellt und einen Wahlkampf voraussagt, der in einigen Fällen sehr eng ausgehen könnte. Aktuellen Umfragen zufolge müsste die PAN Aguascalientes halten können, in Tamaulipas und Durango dürfte es sehr knapp ausgehen, während Morena in Oaxaca und Hidalgo beste Aussichten hat. In Quintana Roo ist die Perspektive ausgesprochen ungewiss.

Ausblick

Das neue Jahr beginnt, wie das letzte Jahr endete: Mit einer Vielzahl von Herausforderungen und Fragezeichen in Bezug auf die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die erste Hälfte von 2022 wird sich allerdings als recht entscheidend für die politische Zukunft des Landes erweisen, mit einer Reihe von Auseinandersetzungen, die noch offenstehen (u.a. Stromreform, die Rollen autonomer Institutionen wie des INE) und interessanten politischen Prozessen wie das Referendum über den Widerruf des Mandats des Präsidenten. Danach werden alle Augen auf den 5. Juni gerichtet sein, um zu sehen, ob MORENA an territorialer Gewichtung zulegen kann oder ob die Opposition es doch noch schaffen wird, ein ernstzunehmendes Gegengewicht zu entwickeln.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko

hans.blomeier@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)